



HESSISCHER LANDTAG

04.12.2006

*Dem
Haushaltsausschuss
überwiesen*

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über
die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 16/6338 zu Drucksache 16/6011**

- Einzelplan 05 -

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 03 Staatsanwaltschaften und Anwaltschaft

Zu Titel 112 52 Geldstrafen und Geldbußen

Der Ansatz wird von 51.500.000 EUR um
120.000 EUR auf 51.620.000 EUR erhöht.

Begründung: Die bei der Staatsanwaltschaft
im Bereich Wirtschaftskriminalität zusätzlich
eingesetzten Staatsanwälte werden weitere
Einnahmen generieren.

Wiesbaden, 1. Dezember 2006

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir